

PRESSEINFORMATION

Nr. 01/2010 vom 18.01.2010

JU Hessen fordert schärfere Gesetze gegen „Mietnomaden“

Wiesbaden. Die CDU-geführte Bundesregierung hat bekräftigt, dass künftig Mietansprüche schneller vollstreckt werden können. Nach Ansicht der Jungen Union (JU) Hessen ist dies ein erster richtiger Schritt zur Bekämpfung von „Mietnomaden“. „Es darf nicht sein, dass Personen, die niemals vorhaben, ihre Miete zu zahlen, das soziale Mietrecht missbrauchen. Wenn es im Durchschnitt zwei Jahre dauert, „Mietnomaden“ gerichtlich räumen zu lassen, ist dies zu lange“, erläutert Ingmar Jung, Landesvorsitzender der hessischen JU. Die JU fordert daher weitergehende Gesetzesänderungen. „Es muss möglich sein, per einstweiliger Verfügung, „Mietnomaden“ schneller zu entfernen“, so Jung weiter, um möglichst eine größere Schädigung des Vermieters zu vermeiden.

Pressesprecher

Alexander Krey
Grimmstraße 19
63165 Mühlheim am Main
Telefon (069) 79 83 43 65
Mobil (0170) 6 56 00 42
alexander.krey@ju-hessen.de

Landesgeschäftsstelle

Frankfurter Str. 6
65189 Wiesbaden
Telefon (0611) 37 90 97
Telefax (0611) 37 10 20
ju@ju-hessen.de